



Reisebericht:

„Organspenden sind eine Frage der gesellschaftlichen Haltung und der Refinanzierung – eine Widerspruchslösung brauchen wir nicht“

Wenn das Land Spanien mit 46,9 Organspendern pro eine Million Einwohner derart gute Zahlen schreibt, so liegt das nicht an der gesetzlichen Regelung der Widerspruchslösung. Das ist das Ergebnis der Delegationsreise des Gesundheitsausschusses nach Spanien und Dänemark, an der Nicole Westig jetzt teilnahm. Hier ihr Bericht:

Die Widerspruchslösung existiert in Spanien lediglich auf dem Papier, gelebt und umgesetzt wird die Zustimmungslösung. „Kein Organ wird bei uns entnommen, wenn nicht der Patient oder seine Angehörigen ihre ausdrückliche Zustimmung dafür erteilt haben“, das erklärte Beatriz Domínguez-Gil, Direktorin der Nationalen Transplantationsorganisation ONT in Spanien. „Wenn wir das Gesetz nicht ändern, liegt es daran, dass wir die gesellschaftliche Debatte darüber nicht zu führen brauchen“, so die ONT-Verantwortliche weiter.

Für eine überzeugende Anzahl an Organspenden sei es wichtig, sich nicht nur auf die Aspekte der Einwilligung zu konzentrieren, sondern vor allem auf die der Organisation der Entnahme und Transplantation.

Der spanische Staat sorgt zunächst für eine angemessene Refinanzierung der Entnahmen. Der Transplantationskoordinator ist stets ein Intensivmediziner. Für ihn existiert eine Art Ehrenkodex, für die Organspenden eine besondere Verantwortung zu übernehmen. Die Organspende, so Domínguez-Gil, sei zu einem Qualitätskriterium für spanische Kliniken geworden. „Das Krankenhaus, das führend in der Organspende ist, ist ein besseres Krankenhaus. Eine hohe Zahl an Organspendern ist Ausdruck einer guten Patientenversorgung“, erläutert die Ärztin.

Das beinhaltet, dass die Organentnahme Teil der medizinischen Aus- und Weiterbildung ist. Rund eine Million Euro investiert die ONT jährlich in die entsprechende Weiterbildung der Mediziner. Bereits während der fünfjährigen Facharztausbildung belegen die angehenden Intensivmediziner mindestens einen Kurs zur Organspende, oftmals bis zu zwei weitere zusätzlich. Auch zur Gesprächsführung mit den Angehörigen finden spezielle Schulungen statt.

Domínguez-Gil betont, dass am wichtigsten die Identifikation der potentiellen Spender sei. Deshalb werde darauf eine besondere Sorgfalt gelegt. In der Regel findet diese Identifikation direkt auf der Intensivstation statt. Noch seien es in erster Linie Hirntote, die für eine Organspende in Frage kämen. Aber die Überlegungen gehen derzeit weiter: Auch Patienten mit Herz- und Kreislaufstillstand werden auf eine potentielle



Organentnahme geprüft. Außerdem soll künftig noch enger mit den Notfallstationen zusammengearbeitet werden.

In Dänemark gilt wie in Deutschland rechtlich die Zustimmungslösung. Und auch dort werden gute Zahlen bei der Organspende geschrieben. Ebenso wie in Spanien legt man großen Wert auf eine effiziente Koordination der Organspende und Transplantation und auf die Fortbildung der Mediziner. Außerdem legt das nördliche Land noch einen besonderen Fokus auf die Information seiner Bürgerinnen und Bürger.

Die Däninnen und Dänen können sich zusätzlich zum Organspendeausweis noch in einem zentralen Spendenregister online eintragen, um ihre Bereitschaft zur Organspende zu dokumentieren. Auf dieses Register haben ausschließlich die Transplantationsbeauftragten des Landes Zugriff.

Flankierend wird der Staat mit breit angelegten Informationskampagnen tätig. Erklärte Organspender sollen die Menschen öffentlich motivieren, sich auch zur Organspende bereitzuerklären.

Außerdem werden Angehörige von Organspendern zu zentralen Dankveranstaltungen eingeladen. Es sei sehr bewegend, wenn dort beispielsweise erklärt würde, ein einzelner Spender habe sieben Menschen mit seinen Organen das Leben gerettet.

Mein Fazit für die Situation in Deutschland:

- Eine hohe Anzahl an Organspenden ergibt sich weniger aus der gesetzlichen Regelung als vielmehr aus der Organisation der Entnahme und Transplantation
- Um die Zahl der Organspenden bei uns signifikant zu erhöhen, muss es dringend strukturelle Verbesserungen in unseren Kliniken geben.
Transplantationsbeauftragte müssen freigestellt und diese Freistellung muss komplett refinanziert werden. Überhaupt müssen Organentnahmen umfassend refinanziert werden. Dies alles beinhaltet das im letzten Jahr beschlossene Gesetz zur besseren Zusammenarbeit und Strukturen in der Organspende (GZSO).
- Darüberhinaus sollte das Thema Organspenden umfassend in die medizinische Aus- und Weiterbildung integriert werden.
- Ein zentrales Spendenregister zu errichten, in das die Deutschen sich online eintragen – und wunschgemäß auch wieder austragen – können, wäre wünschenswert.
- Und auch eine Dankeskultur zu etablieren, halte ich für eine gute Maßnahme, um eine gesellschaftliche Haltung für dauerhaft mehr Organspenden in Deutschland zu entwickeln und den Menschen auf der Warteliste für ein lebensrettendes Organ endlich eine Perspektive schenken zu können.